

mitarbeiten 02/2013

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de

Das Netzwerk Bürgerbeteiligung erarbeitet Qualitätskriterien

Leitlinien guter Beteiligung

Bürgerbeteiligung muss bestimmten Standards genügen, wenn sie demokratische Anforderungen erfüllen und für alle Beteiligten zufrieden stellend und gewinnbringend sein soll. Deshalb ist es notwendig, sich über die wesentlichen Anforderungen an eine gute Bürgerbeteiligung zu verständigen, wenn man partizipative Verfahren umsetzt. Vor diesem Hintergrund hat das von der Stiftung Mitarbeit initiierte Netzwerk Bürgerbeteiligung in den vergangenen Monaten Qualitätskriterien für die konkrete Beteiligungspraxis erarbeitet.

Was ist gute Bürgerbeteiligung? Diese Frage bestimmt die aktuellen Diskussionen über Beteiligungsverfahren. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung hat sich diese Frage gestellt und liefert mit einem ausführlichen Positionspapier erste Antworten. Das vorgelegte 10-Punkte-Programm definiert Standards der Bürgerbeteiligung und will es damit zukünftig allen relevanten Akteuren erleichtern, ihre Beteiligungsprozesse vor Ort selbst einzuschätzen und zu verbessern.

Zu Beginn widmet sich das Papier grundsätzlichen Fragen: Was ist

mit Bürgerbeteiligung überhaupt gemeint und wer soll beteiligt werden? Die Netzwerker/innen verstehen Bürgerbeteiligung als »Partizipation an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen«. Als Bürgerinnen und Bürger werden alle »Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig von ihrem Alter und ihrer Staatszugehörigkeit« identifiziert. Die Qualitätskriterien richten sich an alle, die Beteiligungsverfahren initiieren und durchführen wollen: Kommunen, Länder, Bund wie auch wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure.



Erstes Netzwerktreffen im Juni 2012 in Köln

Klar ist: Eine konstruktive Grundhaltung aller beteiligten Akteure ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen von Bürgerbeteiligungsprozessen. Gute Bürgerbeteiligung braucht die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Dialog auf Augenhöhe ebenso wie Ressourcen und klare Ziel- und Rahmensetzungen. Zum Erfolg von Partizipationsverfahren trägt zudem bei, die Zielsetzungen, Rahmenbedingungen und Aufgabenstellungen offen und transparent zu kommunizieren. Dies kann verhindern, dass Enttäuschungen provoziert werden. Zudem ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger nicht erst dann zu beteiligen, wenn alle grundlegenden Entscheidungen bereits getroffen sind. Ganz im Gegenteil: Die Einwohner/innen sollten so frühzeitig einbezogen werden, dass wesentliche Weichen eines Projekts oder Vorhabens noch gestellt werden können. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich um Vorhaben handelt, die massiv in die Lebenssituationen der Einwohnerinnen und Einwohner eingreifen oder kommunale Ressourcen auf viele Jahre binden. Wenn Bürgerbeteiligung lediglich dem »Akzeptanzmanagement« von bereits feststehenden Entscheidungen dient, kann dies schnell zu Enttäuschungen bei den beteiligten Bürgerinnen und Bürgern führen.

Die Praxis zeigt, dass sich mit gelungener Bürgerbeteiligung stets auch ein hohes Maß an Verbindlichkeit und Verlässlichkeit verbindet. Der Übergang der Ergebnisse in den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozess sollte deshalb bereits zu Beginn eines Beteiligungsverfahrens festgelegt und zwischen den beteiligten Akteuren gemeinsam verbindlich vereinbart werden. Die Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses trägt dann dieser

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

Leitlinien guter ...

Vereinbarung Rechnung. Die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft verpflichten sich, gemeinsam mit den Einwohner/innen getroffene Entscheidungen anzuerkennen und das erarbeitete Vorgehen mitzutragen. Gute Beteiligung braucht zudem immer eine sorgfältige und kompetente Gestaltung des Beteiligungsprozesses.

Nicht zuletzt ermöglicht gute Bürgerbeteiligung die Mitwirkung aller relevanten Akteursgruppen. Ein wichtiges Qualitätskriterium von Beteiligungsprozessen ist deshalb die unmittelbare Ansprache verschiedener Akteursgruppen vor Ort. Insgesamt sind in Zukunft verstärkte Anstrengungen notwendig, um schwer erreichbare Gruppen für die Teilnahme an Beteiligungsprozessen zu gewinnen und diese durch die Auswahl geeigneter Methoden angemessen in Beteiligungsverfahren einzubeziehen.

Abschließend stellt das Papier heraus, dass sich eine kommunale Beteiligungskultur am besten durch die konkrete Beteiligungspraxis in der Kommune entwickelt. Mit Menge, Intensität und Breite der Beteiligungsmöglichkeiten wachsen zugleich die demokratischen Handlungskompetenzen sowie das aktive Demokratieverständnis aller Beteiligten – dadurch kann in der Folge eine neue alltagstaugliche und beteiligungsfreundliche politische Kultur entstehen.

Die Qualitätskriterien sind als »lebendes Dokument« zu verstehen. Im Laufe der Zeit werden immer wieder Veränderungen und Ergänzungen dieses Papiers notwendig sein. In einem nächsten Schritt will das Netzwerk Bürgerbeteiligung auf Basis der Qualitätskriterien Materialien für die Bewertung lokaler Beteiligungsprozesse entwickeln, auch vertiefende Kriterienkataloge für besondere Themenfelder, beispielsweise zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, sind geplant.

Mehr Informationen zum Netzwerk Bürgerbeteiligung und den Qualitätskriterien unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

50 Jahre Stiftung Mitarbeit

Jubiläumsförderung 2013

Im Jahr 2013 besteht die Stiftung Mitarbeit seit 50 Jahren. Als Signal und Ermutigung an alle Bürgerinnen und Bürger, die sich für eine gute Idee engagieren wollen, ergänzt die Stiftung Mitarbeit ihre Starthilfeförderung durch die »Jubiläumsförderung 2013«. Der Betrag der Starthilfeförderung kann pro Projekt aufgestockt werden. Die Jubiläumsförderung wird ermöglicht durch die Andreas-Mohn-Stiftung.

Die Stiftung Mitarbeit unterstützt im Rahmen ihrer Starthilfeförderung bürgerschaftlich engagierte Initiativen, die in den Bereichen Soziales, Politik, Bildung, Kultur, Umweltschutz, Gesundheit und Kommunales aktiv sind. Voraussetzung für eine Förderung ist, dass beispielhaft aufgezeigt wird, wie Zusammenschlüsse von Menschen das Leben in unserer Gesellschaft mitgestalten können.

Anlässlich ihres 50jährigen Bestehens hat die Stiftung Mitarbeit in ihrem Jubiläumsjahr die Jubiläumsförderung 2013 aufgelegt. Im Rahmen dieser Sonderförderung wird der Förderbetrag der Starthilfeförderung von bis zu 1.500,00

Euro erhöht und an ausgewählte Gruppen, Initiativen oder Vereine vergeben. Voraussetzung ist, dass zunächst ein Antrag im Rahmen der regulären Starthilfeförderung gestellt wird. Besteht ein Interesse der Organisation an der Jubiläumsförderung, muss diesem Antrag eine inhaltliche Begründung sowie ein weiterer Kostenplan für die erhöhte Fördersumme beigelegt werden. Für die Jubiläumsförderung 2013 gelten die Förderrichtlinien der Starthilfe.

Antragsschluss der zweiten Förderrunde ist der 15. September 2013.

Ausführliche Informationen unter www.mitarbeit.de oder bei Nicole Stollenwerk (stollenwerk@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Open Transfer Camp

Gutes einfach verbreiten

Beim openTransfer CAMP am 7. Juni 2013 in Köln kommen soziale Innovatoren und Social Entrepreneurs zusammen. Ob Urban Gardening, Energiegenossenschaften, Stadtwikis, Kulturlogen, Bürgerstiftungen oder Regiogeld-Vereine: Auf dem von der Stiftung Mitarbeit unterstützten Barcamp berichten Projektmacher/innen direkt aus der Transferpraxis.

OpenTransfer bedeutet: Erfahrungswissen transparent und kostenlos mit anderen austauschen, teilen und verbreiten. Dazu treffen sich im Rahmen eines sog. Barcamps Projektmacher/innen, die mit ihrer Idee andere Menschen inspiriert haben. Nach dem Motto »Gutes einfach verbreiten« können Teilnehmende auf einem openTransfer CAMP ihr Praxis- und Fachwissen teilen, gute Praxisbeispiele vorstellen und gemeinsam Lösungen entwickeln, wie beispielsweise lokale Projekte von Bürgerinnen und Bürgern wachsen können.

Die regionalen openTransfer CAMPs finden mehrmals im Jahr an unterschiedlichen Orten statt; das nächste wird am 7. Juni 2013 in Köln sein. Die Ergebnisse der

Treffen werden auf einer eigenen Website dokumentiert, außerdem gibt es Leitfäden, Checklisten und einen Blog. Dadurch wird im Netz eine zentrale und stetig wachsende Anlaufstelle für Mitarbeiter/innen lokaler Bürgerprojekte, Vereine, Stiftungen, Wohlfahrtsverbände und Social Startups geschaffen. Aus den besten Beiträgen soll zudem Ende 2013 ein kollaboratives E-Book zum Thema entstehen.

Das openTransfer CAMP ist eine Initiative der Stiftung Bürgermut in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung. Die Stiftung Mitarbeit ist eine von mehreren weiteren Partnerorganisationen aus der Zivilgesellschaft.

Mehr Informationen im Netz unter www.opentransfer.de

Ein ehrenamtliches Armutszuzeugnis?

Die Tafelbewegung in Deutschland feiert in diesem Jahr ihr zwanzigstes Jubiläum. Seit der Gründung der ersten Lebensmitteltafel 1993 in Berlin haben sich bundesweit über 900 Tafeln etabliert, etwa 50.000 freiwillige Helferinnen und Helfer engagieren sich in mehr als 3.000 Tafelläden und Ausgabestellen. Trotzdem – oder gerade deswegen – wird der öffentliche Diskurs zur Tafelbewegung kontrovers geführt. Zugespielt geht es um die Frage, ob Tafeln zur Lösung des strukturellen Problems der Armut in Deutschland beitragen oder nicht doch eher ihre Fortschreibung befördern.

Die Tafeln in Deutschland sind längst eine etablierte Engagementform geworden, bei der unter oft hohem persönlichem Einsatz und mit großer Ausdauer überschüssige Lebensmittel an Menschen mit sehr geringem Einkommen verteilt werden. Betrachtet man die Ausbreitung der Tafeln in den letzten Jahren, dann lässt sich eine Erfolgsgeschichte in wachsenden Zahlen erzählen: mehr Freiwillige, mehr Ausgabestellen, mehr umgesetzte Lebensmittel, mehr Sponsoren, mehr Infrastruktur. Für Stephan Lorenz, Soziologe

an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, ist dieses Wachstum aber nur ein quantitatives Erfolgskriterium, kein qualitatives. Für letzteres müsse die gesellschaftliche Rolle der Tafeln genauer untersucht werden. In einem Beitrag für den eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft kommt er zum Schluss: die Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums und die damit zusammenhängende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist keine Aufgabe für Freiwilligenarbeit.

Denn der »Erfolg« der Tafelbewegung hängt auch mit der Tatsache

zusammen, dass sich der Staat zunehmend aus seiner sozialen Verantwortung zurückzieht. In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Mit der Tafelbewegung verbinden sich grundsätzliche Fragen zu unserem Verständnis von Gesellschaft und Gerechtigkeit. Stefan Selke begleitet als Wissenschaftler, Autor und Initiator des Tafelforums die Arbeit der Tafelbewegung seit vielen Jahren konstruktiv und kritisch. In seinem Gastbeitrag analysiert er die ambivalente Arbeit der Tafelbewegung und stellt einen Orientierungsrahmen zur Verfügung, der sich sowohl für lokale als auch für nationale Diskussionskontexte eignet.

Gerd Häuser, Vorsitzender des Bundesverbandes der Tafeln, sieht die Arbeit der Tafeln als »soziale Graswurzelbewegung«. Zugleich skizziert er die Forderungen des Bundesverbandes an die Politik. Er stellt klar: Bürgerschaftliches Engagement ist kein Ersatz für staatliche Daseinsvorsorge; es gelte in Zukunft, durch eine andere Politik Armut zu verhindern und Wohlstand gerechter zu verteilen.

Der Themenschwerpunkt zur Tafelbewegung im Netz unter www.buergergesellschaft.de/107517/#6087

Belastung von Vereinen

In der Bundesrepublik gibt es so viele Vereine wie nie zuvor: den fast 600.000 eingetragenen Vereinen stehen geschätzt ebenso viele nicht registrierte Vereine gegenüber. Damit bilden Vereine die wichtigste Organisationsform der Zivilgesellschaft in Deutschland. Eine aktuelle Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin zeigt nun: viele Vereine bewegen sich an den Grenzen ihrer Belastbarkeit.

Die WZB-Studie »Organisationen heute – zwischen eigenen Ansprüchen und ökonomischen Herausforderungen« basiert auf einer Organisationsbefragung, an der im letzten Jahr mehr als 3.100 Vereine, Stiftungen, gemeinnützige GmbHs und Genossenschaften teilgenommen haben. Bei der Auswertung richteten die Autor/innen ihr besonderes Augenmerk auf die Situation der Vereine, da diese sich nach Angaben des WZB besonders rege an der Befragung beteiligten.

Trotz starker Unterschiede bei Altersstruktur, Größe und Tätig-

keitsfeldern sowie zwischen den Bundesländern ziehen die Autor/innen insgesamt ein eher pessimistisches Fazit zur Lage der Vereine in Deutschland. Mehrheitlich beklagten diese die zunehmende Ökonomisierung und den damit verbundenen Wettbewerbsdruck sowie Probleme bei der Gewinnung qualifizierter Beschäftigter. Kritisch sei insbesondere die Entwicklung beim Ehrenamt. Obwohl die Existenz fast aller Vereine von freiwilligem Engagement abhängt, falle es derzeit 80 Prozent von ihnen schwer, Nachwuchs zu finden – besonders für Leitungsfunktionen.

Die schwindende Bereitschaft, sich beispielsweise im Vorstand eines Vereins zu engagieren, deckt sich auch mit Ergebnissen anderer Studien. So kommt der aktuelle Freiwilligensurvey zu dem Ergebnis, dass der Anteil derer, die eine Leitungsfunktion übernehmen, seit 1999 kontinuierlich sinkt. In der Praxis bedeutet das: in 37 Prozent der Vereine gibt es keine jungen Menschen von 14 bis einschließlich 30 Jahren in ehrenamtlichen Leitungsfunktionen. In den ehrenamtlichen Beratungs- und Aufsichtsgremien sind sie sogar bei der Hälfte der Vereine nicht vertreten. Besonders in Großstädten werden diese Zahlen häufig noch unterschritten. Trotz Nachwuchsmangel, Ökonomisierungsdrucks und zunehmender Dienstleistungsorientierung macht eine Erkenntnis der Befragung Mut: die Ausrichtung am Gemeinwohl bleibt für viele Vereine zentraler Maßstab ihres Handelns.

Der WZBrief Zivilengagement im Wortlaut unter www.wzb.eu

Engagement für alle?

Schwer erreichbare und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen werden durch Engagementangebote oder -aufrufe von Initiativen, Freiwilligenagenturen und sozialen Einrichtungen oft weder erreicht noch angesprochen. Im Rahmen des Seminars »Schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen für das freiwillige Engagement gewinnen« (28. bis 29. Juni 2012 in Erfurt) sollen neue Wege der Freiwilligengewinnung entwickelt werden.

Wie lassen sich die üblichen Formen der Freiwilligengewinnung kreativ verändern und anpassen? Was ist einladend und motivierend? Wie sehen angemessene Engage-

mentformen aus? Ist es sinnvoll die Menschen in den Quartieren aufzusuchen? Unter welchen Bedingungen gelingt die Aktivierung, wo sind die Grenzen?

Als Inputgeberin wird Johanna Klatt die Studie »Die Entbehrlichen der Bürgergesellschaft« vorstellen, außerdem werden Praxiserfahrungen der »Engagementlotsen« in Sachsen-Anhalt einbezogen

Das Seminar richtet sich an Haupt- und Ehrenamtliche aus Freiwilligenagenturen, Stadtteilzentren und anderen Organisationen.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Erfolgreich Fördermittel einwerben

Es macht keinen Unterschied, ob es sich um eine öffentliche oder private Förderung handelt: Für eine Projektfinanzierung ist die Formulierung eines schriftlichen Antrags erforderlich.

Das Seminar »Erfolgreich Fördermittel einwerben« (8. Juni 2013 in Berlin) vermittelt das notwendige Hintergrundwissen für das Schreiben von Projektanträgen und gibt praktische Tipps für einen erfolgversprechenden Antrag. Es geht um die Recherche von Fördermittelgebern, den Abgleich von Projektideen und Fördergrundsätzen sowie das effektive Schreiben von Fördermittelanträgen.

Die Teilnehmenden lernen die Techniken der Formulierung von Fördermittelanträgen in Theorie und Praxis kennen. Teilnehmer/innen können konkrete Projektideen einbringen, für die Mittel befragt werden sollen, oder fertige Anträge mitbringen, die dann als Beispielanträge während des Seminars besprochen werden können.

Das Seminar wendet sich an freiwillig Engagierte und hauptamtlich Tätige in Vereinen, Initiativen und Projekten, mit und ohne Antragsverfahren.

Nähere Informationen bei Nicole Stollenwerk (stollenwerk@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Zweites Netzwerktreffen

Alle, die sich für das Netzwerk Bürgerbeteiligung interessieren, haben beim zweiten Netzwerktreffen (14. Juni 2013 in Köln) die Gelegenheit, die Arbeit des Netzwerks und die Netzwerker/innen persönlich kennenzulernen und die Zusammenarbeit im Netzwerk mitzugestalten. Gemeinsam sollen Ideen und Initiativen (weiter-)entwickelt und die Aktivitäten des Netzwerks voran gebracht werden. Es geht unter anderem um folgende Themen:

- Diskussion des Entwurfs der »Politischen Agenda« des Netzwerks
- Netzwerkprojekt zum Erfahrungsaustausch der »Kommunalen Partizipationsbeauftragten«

- Vertiefung der Diskussion über den »Netzwerkimpuls zur Stärkung der Bürgerbeteiligung in den Gemeindeordnungen«
- Blick auf den aktuellen Entwurf der »Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung«.

Interessenten, die Netzwerker werden wollen und sich aktiv im Netzwerk einbringen möchten, können sich auf der Website des Netzwerks als Netzwerker registrieren und zum Netzwerktreffen anmelden (www.netzwerk-buergerbeteiligung.de).

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) und Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Veranstaltungsreihe

Verbindlich beteiligen

Einige Kommunen in Deutschland haben in partizipativen Prozessen Leitlinien für Bürgerbeteiligung erarbeitet, nach denen sie Beteiligungsprozesse in ihrer Kommune organisieren wollen. Ziel ist es, eine verlässliche Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit von Bürger/innen, Gemeinderäten und Verwaltung zu schaffen.

Diese ersten Ansätze einer Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung in Deutschland stehen im Mittelpunkt der Veranstaltung »Verbindlich beteiligen in Kommunen – Was sichert Engagement und Demokratie?« (12. Juni 2013, 18 Uhr im Schader-Forum in Darmstadt).

PD Dr. Angelika Vetter (Universität Stuttgart) und Frank Zimmermann (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung Stadt Heidelberg) werden aus erster Hand über den Leitlinienprozess der Stadt Heidelberg berichten und einen Einblick in die Praxis geben. – Die Veranstaltung ist Teil der Reihe »Impulse: Engagementkultur und Demokratie«, eine Kooperation der Stiftung Mitarbeit mit der Schader Stiftung und der Technischen Universität Darmstadt.

Nähere Informationen bei Hanns-Jörg Sippel (sippel@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT
Ellerstr. 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Prof. Dr.-Ing. Bettina Oppermann (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.